

Abgeordnetenkonferenz im Ruhrgebiet

–

Positionen und Forderungen

Inhalt

AG Migration: Unsere Region – bunt und vielfältig. Solidarisch und tolerant!.....	2
AG Energie: Energiewende im Ruhrgebiet.....	3
AG Wirtschaft / Digitalisierung	3
AG Soziales / Langzeitarbeitslosigkeit	5
AG Verkehr: Mobilität für die Metropole Ruhr	5
AG Kommunalfinanzen.....	7
Abschlussklärung.....	7

AG Migration: Unsere Region – bunt und vielfältig. Solidarisch und tolerant!

Die vergleichsweise kurze Geschichte des Ruhrgebiets ist eine Geschichte der Zuwanderung. Toleranz und Solidarität wurden so zentrale Werte in unserer Region. Wir treten rassistischen und rechtsextremen Aktivitäten und Äußerungen entschlossen entgegen und lassen auch nicht zu, dass die unsichere Lebenslage vieler Bürgerinnen und Bürger, die schon lange im Ruhrgebiet leben, gegen die der neu ankommenden Flüchtlinge ausgespielt werden. Mit der aktuell stark ansteigenden Zahl von Flüchtlingen, die auch in der Metropole Ruhr Schutz und Lebensperspektive suchen, wachsen aber auch die Herausforderungen für unsere Gesellschaft, insbesondere für die Kommunen.

Hierzu haben wir einen Forderungskatalog aufgestellt, der nicht für sich in Anspruch nimmt, vollständig zu sein. Wir weisen auch darauf hin, dass gerade für die Situation der Flüchtlinge und unseren Umgang mit ihnen, durchaus sehr unterschiedliche Vorstellungen in den einzelnen Parteien bestehen.

- Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle „Flüchtlingspolitik“ (Land)
- Bleibeperspektive für Langzeitgeduldete durch Verkürzung der Fristen bei der Altfallregelung verbessern (Bund)
- Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes für Menschen ohne Asylberechtigung (Bund)
- Erhöhung einer Integrationspauschale (Land)
- Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse entbürokratisieren (Land)
- Mangelberufsliste prüfen (Bund, Land)
- Gebühren für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen und Qualifikationen überprüfen (Land)
- Ausweitung der Mittel für die Beschulung einer wachsenden Zahl von Kindern (Land)
- Lehreraus- und -fortbildung für die Fächer Deutsch als Fremd- und Deutsch als Zweitsprache (Land)
- Aufstockung der schulpsychologischen Beratung (Land)
- Aufbau eines Kompetenzzentrums ‚Traumatisierung und Foltererfahrung‘, um den Beratungs- und Unterstützungsbedarf der Fachkräfte zu decken (Land, LVR, LWL)
- Investitionsprogramme für Schul- und Wohnraum (Bund, Land)
- Gerechtere Verteilung der Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in Europa (EU, Bund)
- Stärkere finanzielle Unterstützung der Hauptaufnahmeländer von Kriegsflüchtlingen (EU, Bund)
- Aufstockung der Mittel für Entwicklungshilfe auf 0,7 % des Bundeshaushalts (Bund)

AG Energie: Energiewende im Ruhrgebiet

Die Metropole Ruhr ist eine Energieregion. Mit einer intelligenten Energieversorgung will das Ruhrgebiet zu einem Schaufenster für die Zukunft werden, die Optimierung von Energieverbrauchen ist ein Baustein der Energiewende im Ruhrgebiet. Hilfreich hierfür sind die Erfahrungen, die das Projekt Innovation City Ruhr bisher gesammelt hat. Die dortigen Erfahrungen – insbesondere im Bereich der energetischen Gebäudemodernisierung – sowie innovative Projekte wie der Ausbau der Fernwärmeschiene oder unterirdische Pumpspeicherkraftwerke sind beispielhaft und eignen sich als Blaupause für die gesamte Metropole Ruhr. Diese regionalen Kompetenzen sollen durch ein Fraunhofer-Institut für Energiespeicherung und -verteilung (IFE) gestärkt werden.

Neben der Beachtung der wirtschaftlichen Aspekte der Energiewende wird auch die Zielrichtung derselben – Schutz des Klimas und Schonung der Ressourcen – als richtig und zukunftsprägend für die Metropole Ruhr erachtet. Die Metropole Ruhr muss als Gewinner und nicht als Verlierer aus der Energiewende hervorgehen.

Forderungen:

- Wir brauchen einen zuverlässigen Fahrplan für die Energiewende (Bund)
- Das Ruhrgebiet soll im Rahmen des Projektes „Klimametropoleruhr 2022“ Schaufenster intelligenter Energieversorgung der Zukunft und Fortschrittsmotor für Klimaschutz und Ressourceneffizienz werden (Bund, Land, RVR)
- Aufbau eines Fraunhofer-Instituts für (dezentrale) Energiegewinnung, -speicherung und -verteilung sowie Energieeffizienz in Stadtquartieren (IFE) (Bund)
- Etablierung eines „Forschungsnetzwerk Erneuerbare Energien“ im Ruhrgebiet unter Einbeziehung der hiesigen Erzeugungsinfrastruktur (RVR)
- Bundesweites Sonderprogramm der gewerblichen Förderung von Energieeffizienz-Innovationen (Bund)
- Auflegung eines Bundes-Programms „Effiziente Gebäudetechnik im Bestand“ für energieeffiziente Maßnahmen in Wohnimmobilien, die vor 1976 in verdichteten urbanen Agglomerationen entstanden sind, sowie Fortführung und Novellierung der bestehenden KfW-Förderprogramme des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms (Bund)
- Ausbau und Stärkung der Fernwärmeschiene im westlichen Ruhrgebiet (Land, Kommunen, Unternehmen)
- Verbesserung der steuerlichen Absetzbarkeit bei energetischen Gebäudesanierungen (Bund)
- Förderung der Entwicklung dezentraler Wärmeversorgung in Kommunen ohne verlässlich nutzbare Wärmequellen

AG Wirtschaft / Digitalisierung

Gute Bedingungen für Unternehmen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen, gute Arbeits- und Lebensbedingungen erfordern breite und überall verfügbare Zugangspunkte, zum Beispiel über Glasfaserkabel oder kostenlose WLAN-Zugänge. Wo Daten mit öffentlichen Mitteln erhoben oder erstellt werden, sollen diese auch öffentlich zur Verfügung stehen. Wie

beim Thema Big Data, der Sammlung nutzerbezogener Daten, ist auf ausreichenden Datenschutz zu achten. Denn die Menschen sind bei der Veränderung ihres Lebensraums durch den digitalen Wandel mitzunehmen.

Konkret fordern wir:

- Flächendeckende Breitbandausstattung des Ruhrgebiets (Land)
- Kostenloses WLAN im gesamten Ruhrgebiet (Bund, Land, Kommunen)
- Kostenlose Weitergabe von anonymisierten Daten, die mit öffentlichen Mitteln erhoben wurden (Open Data) (Bund, Land, RVR, Kommunen)
- Plattform sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen für freie Lern- und Lehrmaterialien im Ruhrgebiet (Open Educational Resources) (RVR, Universitätsallianz Ruhr)
- Technikunterstütztes Wohnen (u.a. Digitales Wohnen, AAL: Altersgerechte Assistenzsysteme) (Kommunale Wohnungsbauunternehmen)

Die Ursache erhöhter Armut- und Arbeitslosigkeit liegt in der zu geringen Zahl an Arbeitsplätzen in der Region. Wir unterstützen alles Sinnvolle, was mehr Arbeit schafft. Durch den Strukturwandel in unserer montan vorgeprägten Region ersetzen neue Branchen weitgehend die Altindustrie, zum Beispiel im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen, in Zuliefererindustrien, in Forschung, Gesundheitswirtschaft und Logistik. Um Flächen für Betriebsstandorte zu schaffen, müssen in der Metropole Ruhr montan vorgenutzte Flächen schneller mobilisiert werden. Um die Anzahl der Gründungen zu erhöhen, müssen wir das Potenzial unserer Hochschullandschaft intensiver nutzen.

Die Metropole Ruhr ist gleichwohl noch immer Industriestandort und soll es auch bleiben. Vorgenutzte Industrieflächen müssen weiterhin für industrielle und gewerbliche Nutzung zu gleichen Bedingungen genutzt werden können. Für Land und Kommunen müssen die insbesondere von der Stahlindustrie betrieblich nicht mehr benötigten Flächen für neue Nutzungen verfügbar gemacht werden.

- Ausweitung von vorbildlichen Projekten und Initiativen, wie z.B. Innovation City auf das gesamte Ruhrgebiet und Initiierung eines Infrastrukturpaktes Ruhr zur Stadterneuerung (Land, Kommunen, RVR, Unternehmen)
- Beschleunigung der Nutzbarmachung von freigewordenen Flächen der Montanindustrie zur Ansiedlung von Unternehmen sowie Förderung von regionalen Grundstückfonds für die Aufbereitung von ungenutzten Brachflächen; Aufsetzen eines Flächenfonds (EU, Bund, Land, Unternehmen)
- Aufhebung des Primäreffekt-Kriteriums als Voraussetzung für die Förderung der Sanierung vorgenutzter Industrie- und Gewerbeflächen; sanierte Flächen müssen auch lokalen mittelständischen Unternehmen zur Verfügung stehen (EU, Land)
- Profilierung der Metropole Ruhr als Referenzmarkt für Gesundheitsinnovationen (Land, RVR, Hochschulen)
- Förderung von Ausgründungen aus Universitäten und Steigerung der Gründungsquote durch Interaktion und Kooperation regionaler Akteure (Bund, Land)
- Bessere Vernetzung Hochschulen – Wirtschaft bzw. Hochschulen – Wirtschaftsförderung (RVR)

- Ausbau und Unterstützung von Kreativ-Quartieren (RVR)
- Regionaler Fonds für die Bereitstellung von Risikokapital

AG Soziales / Langzeitarbeitslosigkeit

Während die Zahl der Langzeitarbeitslosen deutschlandweit rückläufig ist, steigt sie in NRW und gerade im Ruhrgebiet weiter an. Weit mehr als 330.000 Menschen sind im bevölkerungsreichsten Bundesland länger als ein Jahr arbeitslos. Das entspricht rund einem Drittel aller Langzeitarbeitslosen im gesamten Bundesgebiet. Ein Großteil dieser Menschen ist sogar schon viele Jahre ohne Arbeit.

Für Personengruppen mit spezifischen Lebenslagen, die den Arbeitsmarktzugang behindern, wie bspw. Arbeitslose, die älter sind als 55 Jahre, langjährig arbeitslose ALG II-Beziehende und junge Eltern und Alleinerziehende, benötigen wir eine spezifische langfristig angelegte Förderung. Die Potentiale der Langzeitarbeitslosen müssen perspektivenorientiert entwickelt werden. Ausgangspunkt ist damit ein fähigkeits- und fertigungsbezogener Ansatz, der die Menschen bewusst als Koproduzenten sozialstaatlicher Leistungen anspricht. Hierzu gehören ein individuelles Coaching (auch nach einer Vermittlung), vorrangige Vermittlung von Personen ohne Berufsabschluss in Ausbildung, finanzielle Anreize zur Beendigung einer Ausbildung, Arbeitgeberberatung und besondere Unterstützungsangebote für junge Eltern.

- Individuelles Coaching für Arbeitslose mit multiplen Vermittlungshemmnissen (Bund)
- Vorrangige Vermittlung von Personen ohne Berufsabschluss in Ausbildung, finanzielle Anreize zur Beendigung einer Ausbildung (Bund)
- Förderung der Teilzeitberufsausbildung, besondere Unterstützungsangebote für junge Eltern, Sicherung des Lebensunterhaltes aus einer Hand (Kommunen, Arbeitsagenturen, Unternehmen)
- Ein Teil der betroffenen Menschen hat jedoch absehbar keine Chance auf eine reguläre Beschäftigung. Da allerdings die Frage eines „sozialen Arbeitsmarktes“ und des gezielten Einsatzes der jetzt schon im System vorhandenen Finanzmittel (Stichwort Passiv/Aktiv-Tausch) unter den Parteien streitig ist, wollen wir diese Idee „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ an Modellprojekten des sozialen Arbeitsmarktes im Ruhrgebiet einem Praxistest unterziehen. Hierfür sind die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

AG Verkehr: Mobilität für die Metropole Ruhr

Die Sicherstellung einer umfassenden bezahlbaren und ökologisch verträglichen Mobilität ist eine der großen Zukunftsaufgaben, denen sich die Metropole Ruhr in den kommenden Jahren stellen muss; nicht zuletzt, um Menschen und Firmen anzusiedeln und in der Region zu halten. Sämtliche Mobilitätsüberlegungen dürfen allerdings nicht an den Stadtgrenzen Halt machen, sondern müssen den gesamten Ballungsraum und Anbindungen über das Ruhrgebiet hinaus im Blick haben. Dabei dürfen die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie müssen einander ergänzen und untereinander verknüpft werden. Bei den unterschiedlichen Programmen des Bundes und Nordrhein-Westfalens muss darüber hinaus künftig stärker die Effizienz des Mitteleinsatzes unter

Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten Berücksichtigung finden. Unter dem Grundsatz „Sanierung vor Ausbau“ sind die Infrastrukturmaßnahmen für die Metropole Ruhr in den Bereichen Straße, Schiene und Wasserstraße mit Hochdruck voranzutreiben, auch um dem Substanzverzehr Einhalt zu gebieten.

Umweltbewusstsein sowie die Entwicklung neuer Technologien verändern auch das Mobilitätsverhalten der Menschen im Ruhrgebiet: Die Nachfrage nach flexiblen, nachhaltigen und individuellen Mobilitätslösungen, bspw. nach Sharingangeboten, E-Mobilität und Radschnellwegen steigt. Besonders im dicht besiedelten Ruhrgebiet können neue Mobilitätsangebote und eine intelligente Verzahnung dieser einen Beitrag zur Schadstoffreduzierung leisten.

Hierfür setzen wir uns ein:

- Zügige Umsetzung der für die Metropole Ruhr im BVWP vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere der Lückenschlüsse und Kapazitätserweiterungen (Bund, Land)
- Kommunalinvestitionsprogramm für finanzschwache Kommunen zur Infrastruktursanierung (Bund, Land)
- Schnellstmöglicher Ausbau und Inbetriebnahme des RRX (Bund, VRR)
- Verwendung des Anstiegs der NRW-Regionalisierungsmittel zur Kapazitäts- und Qualitätssteigerung in der Metropole Ruhr (Land)
- Öffnung des GVFG-Bundesprogramms für die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur (Bund)
- Die Metropole Ruhr zum Pilotcluster "Logistik 4.0" entwickeln (Bund, Land)
- Beschleunigung des Ausbaus zentraler Güterverkehrsstrecken wie der Betuweroute (CODE24) und des Eisernen Rheins (EU, Bund)
- Brückenanhebungsprogramm an den Kanälen zum Aufbau eines Container-Shuttle-Verkehrs zwischen den Binnenhäfen der Metropole Ruhr (Bund)
- Realisierung des Radschnellwegs Ruhr mittels einer Vereinbarung zur Finanzierung und Trägerschaft (EU, Bund, Land)
- Ausweitung nachhaltiger Mobilitätslösungen in der Metropole Ruhr wie der Sharingsysteme und Privilegierung von Car-Sharing analog der Elektromobilität (Bund, Kommunen)
- Erprobung von Car-to-Car und Car-to-Infrastructure Technologien in der Metropole Ruhr (Bund, Land)
- Spezifisches E-Mobilitätsprogramm für schadstoffbelastete Ballungsräume (Land)
- Intensivierung und Ausbau der Wasserstofftechnologie in der Metropole Ruhr (Bund)
- Ausbau intermodaler Mobilitätsknoten und Aufnahme der Sharingstationen in die Nahverkehrspläne (Kommunen)
- Unterstützung eines entfernungsbasierten, landesweiten E-Ticketing (Land, VRR)

AG Kommunalfinanzen

Die kommunale Finanzlage ist gekennzeichnet von einer großen Disparität. Großen Finanzüberschüssen bei einigen Kommunen stehen langjährige Defizite mit hoch angewachsenen Kassenkrediten gegenüber. Zu letzteren rechnen gerade und beinahe ausnahmslos die Kommunen in unserer Region. Dabei zeigt sich eine auffallende Korrelation zwischen der Sozialstruktur und der Finanzlage. Insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich als der wohl aussagekräftigste Indikator für hohe Soziallasten vor Ort erwiesen. Zunächst ist das Land NRW für eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen zuständig. Darüber hinaus begründet die Gewährleistung einheitlicher Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 GG) bundesstaatliches Handeln, da durch (übertragene) Aufgaben Steuern erhöht, kommunale Einrichtungen schließen und die Instandhaltungen der Infrastruktur zurückgestellt werden müssen; mit der Gefahr, dass die Region langfristig unattraktiv wird.

Viele Kommunen in der Region haben insbesondere infolge des langandauernden Strukturwandels über viele Jahre Haushaltsdefizite ausgewiesen, die in Gestalt der bundesweit höchsten Kassenkredite ihren Niederschlag finden. Selbst in Zeiten historisch niedriger Zinsen ist die hieraus resultierende Zinslast erheblich. Mit Blick auf künftig wieder steigende Zinssätze tickt hier geradezu eine Zeitbombe: Bei einem Zinsniveau wie etwa im vergangenen Jahrzehnt droht mehr als eine Verdreifachung des heutigen Zinsaufwandes. Die Kommunen werden alle Anstrengungen unternehmen müssen, um durch rechtzeitige Tilgungsbeiträge das Zinsänderungsrisiko nicht noch weiter überborden zu lassen. Gleichzeitig resultiert ein beachtlicher Teil dieser Verschuldung aus der kommunalen Mitfinanzierung der Deutschen Einheit, also einer Solidarität über die eigene Leistungsfähigkeit hinaus.

- Hierfür setzen wir uns ein:
- Vollständige Weiterleitung der Bundesmittel zur Unterstützung der Kommunen (Land)
- Verstetigung der finanziellen Hilfe für EU-Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien (Bund)
- Klärung der Finanzierung beim neuen Bundesteilhabegesetz (Bund)
- Moderate Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft (Bund)
- Keine Reduzierung der Verbundquote, stärkere Gewichtung der Soziallasten im kommunalen Finanzausgleich sowie Einführung einer Abundanzumlage zur gerechteren Mittelverteilung (Land)
- Weiterentwicklung des Solidaritätszuschlags zu einem „Fond zur Sicherung und zum Ausbau der Infrastruktur in Deutschland“ (Bund)
- Verfassungskonforme Erhebungsgrundlage für die Grundsteuer (Bund, Land)
- Tilgungshilfe beim Altschuldenabbau (Bund, Land)

Abschlussklärung

Die teilnehmenden Abgeordneten verständigen sich auf den jeweiligen Ebenen, parteiübergreifend dafür Sorge zu tragen, dass die benannten Forderungen und Initiativen so schnell wie möglich umgesetzt werden.